Satzung der Synodalkonferenz

„Ein Jahr Warten auf Rom: Synodale Kirche darf nicht auf die lange Bank geschoben werden!“

Wir sind Kirche-Pressemitteilung, München, 26. November 2026

***Wir sind Kirche* fordert endlich Klarheit über die Synodalkonferenz und erwartet von den deutschen Bischöfen konkrete Reformschritte statt weiterer Vertröstungen. Synodalität muss sich im kirchlichen Alltag durch gemeinsame Entscheidungen, Transparenz und Rechenschaftspflicht bewähren.**

Ein Jahr nach dem einstimmigen Beschluss der Satzung für die künftige Synodalkonferenz durch den Synodalen Ausschuss in Fulda (21./22. November 2025) wartet die katholische Kirche in Deutschland noch immer auf die endgültige Anerkennung durch den Vatikan (Recognitio). Was als wichtiger Schritt zu einer verbindlicheren Beteiligung von Bischöfen und Laien an einer synodalen Kirche gefeiert wurde, droht in der römischen Warteschleife stecken zu bleiben.

Für die große Mehrheit der Katholikinnen und Katholiken in Deutschland (96 Prozent erwarten Reformen) ist diese Hinhaltetaktik nicht länger hinnehmbar und ein Affront des Kirchenvolkes. Dies hat das *Wir sind Kirche*-Bundesteam auch gegenüber dem Nuntius Erzbischof Dr. Hubertus van Megen am 12. November 2026 in Berlin deutlich gemacht, auf dessen Vermittlung in Rom *Wir sind Kirche* setzt.

Intensiv beratene Satzung der Synodalkonferenz

Die Satzung wurde nach intensiven Verhandlungen und unter Berücksichtigung römischer Einwände erarbeitet, noch im November 2025 vom Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) und im Februar 2026 von der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) mit den erforderlichen Mehrheiten beschlossen und am 31. März 2026 dem zuständigen Dikasterium in Rom zur Anerkennung vorgelegt. Dennoch gibt es bis heute keine verbindliche Entscheidung. Die für November 2025 geplante erste Sitzung der Synodalkonferenz musste bereits verschoben werden. Auch der nächste vorgesehene Termin im April 2027 ist damit gefährdet.

„Nach mehr als fünf Jahren Synodalem Weg, intensiven Beratungen und weitreichenden Kompromissen darf die gemeinsame Verantwortung von Bischöfen und Gläubigen nicht an einer ausbleibenden Entscheidung in Rom scheitern. Wir erwarten jetzt die endgültige Zustimmung (Recognitio) zur Satzung der künftigen Synodalkonferenz. Die Geduld der Gläubigen ist nicht unbegrenzt“, erklärt *Wir sind Kirche*.

Synodalität ist mehr als Beteiligung an Beratungen

Die jüngsten Äußerungen des DBK-Vorsitzenden Bischof Heiner Wilmer, er sei zuversichtlich, dass es kein „Stoppschild“ aus Rom geben werde, er gleichzeitig aber Anpassungen und keine deutschen Sonderregelungen erwarte, geben Anlass zu Sorge. Wenn es lediglich darum geht, Gläubige an Beratungen und Entscheidungsfindungen zu beteiligen, bleibt der entscheidende Anspruch des Synodalen Weges auf der Strecke: Bischöfe und Laien sollen gemeinsam beraten und entscheiden.

Synodalität ist kein unverbindliches Gesprächsformat und kein freundliches Entgegenkommen der Hierarchie. Sie ist nach dem Verständnis des Zweiten Vatikanischen Konzils und der Weltsynode ein grundlegendes Prinzip kirchlichen Lebens und Handelns. Sie verlangt Zuhören, Inklusivität, Transparenz und Rechenschaftspflicht. Vor allem muss sie zu einer wirklichen Teilung von Verantwortung und Entscheidungsmacht führen.

Die von Papst Franziskus ausdrücklich lehramtlich bestätigte Abschlusserklärung der Weltsynode stellt in Nummer 94 unmissverständlich fest, dass die Vision einer synodalen Kirche ohne konkrete kurzfristige Veränderungen nicht glaubwürdig sein kann. Dies gilt auch unter Papst Leo XIV.

Kirchenrechtliche Spielräume nutzen!

Kirchenrechtlich ist ohnehin sehr fraglich, ob die Recognitio erforderlich ist. Die Synodalkonferenz soll nach ihrer Satzung aus Bischöfen und Laien bestehen, jedoch keine Beschlüsse fassen, die für die Bischöfe verbindlich sind. Jeder Bischof soll frei sein, ob er Beschlüsse der Synodalkonferenz umsetzen möchte. Tut er dies nicht, soll er die Gründe dafür offenlegen. Dem Codex juris Canonici 1983 (CIC) lässt sich keine Bestimmung entnehmen, die ein solches Gremium regeln, geschweige denn verbieten oder von einer Erlaubnis des Vatikans abhängig machen würde. Der Vatikan stört sich offenbar daran, dass Bischöfe nach der Satzung der Synodalkonferenz sich erklären müssen, wenn sie Beschlüsse der Synodalkonferenz in ihrer Diözese nicht umsetzen. Der Vatikan sieht darin offenbar eine Einschränkung der bischöflichen Autorität.

Indessen heißt es in Ziffer 80 des Schlussdokuments der Weltsynode, das Papst Franziskus zum Bestandteil des ordentlichen Lehramts erklärt hat, dass alle Mitglieder des Volkes Gottes, also auch die Bischöfe, einander gegenseitig Transparenz und Rechenschaft schulden. Dies spiegelt sich in den Statuten der Synodalkonferenz wider. Die Statuten widersprechen nicht dem ordentlichen Lehramt der Kirche, sondern sie stimmen mit ihm überein.

Die Bischöfe können und müssen jetzt handeln

Unabhängig von der ausstehenden Recognitio in Rom dürfen die deutschen Bischöfe den Reformprozess nicht weiter verzögern. Sie haben die Möglichkeit und die Verantwortung, zahlreiche Beschlüsse des Synodalen Weges bereits jetzt in ihren Bistümern umzusetzen. Dazu gehören insbesondere:

- die stärkere Beteiligung von Frauen an Diensten, Ämtern und kirchlichen Leitungsaufgaben,
- die Umsetzung von Möglichkeiten für die Predigt durch qualifizierte Laiinnen und Laien, die es defacto seit Jahrzehnten auch in der Eucharistie gibt,
- die Weiterentwicklung der Regelungen zu Tauferlaubnis und Eheassistenz,
- die konsequente Anwendung der Handreichung zu Segnungsfeiern für Paare, die sich lieben,
- die verbindliche Beteiligung der Gläubigen an kirchlichen Entscheidungsprozessen,
- mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht der Bischöfe,
- die Einführung einer kirchlichen Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Der von Papst Leo XIV. übernommene Fahrplan der Weltsynode sieht vor, dass bis Ende 2026 alle Diözesen und bis Ende 2027 alle Ortskirchen Reformen sichtbar umsetzen. Die deutschen Bischöfe sollten diese Vorgaben aktiv und beispielgebend verwirklichen. Der Synodale Weg hat dafür wichtige Vorarbeiten geleistet, die Synodalkonferenz ist der notwendige nächste Schritt.

Kein Zurück zur klerikalen Alleinentscheidung

Die gegenwärtige Verzögerung gefährdet nicht nur ein einzelnes Reformprojekt. Sie stellt die Glaubwürdigkeit des gesamten synodalen Aufbruchs infrage. Evangelisierung und Strukturreformen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, nein, sie bedingen einander. Die Vorstellung, die Beteiligung von Gläubigen könne auf unverbindliche Beratung beschränkt bleiben, widerspricht dem Kernanliegen einer synodalen Kirche. Und es werden auch Anpassungen im Kirchenrecht notwendig sein.

Auch die 100. Sitzung der Gemeinsamen Konferenz von DBK und ZdK am 6. November 2026 hat deutlich gemacht, wie wichtig der kontinuierliche Dialog zwischen Bischöfen und Laien ist. Dieses Gremium ist jedoch kein Ersatz für die geplante Synodalkonferenz, in der die Verbindlichkeit gemeinsamer Beratungen und Entscheidungen deutlich erhöht werden soll.

Die anhaltenden Spannungen innerhalb der Bischofskonferenz und die unterschiedlichen Haltungen zum Synodalen Weg dürfen nicht dazu führen, dass notwendige Reformen auf unbestimmte Zeit vertagt werden. Die Kirchenkrise, der massive Vertrauensverlust und die Folgen von Missbrauch und Vertuschung lassen kein weiteres Abwarten zu.

Unsere Erwartung: Jetzt handeln – in Rom und in Deutschland!

Wir sind Kirche fordert deshalb:

- Der Vatikan muss jetzt die endgültige Zustimmung zur Satzung der Synodalkonferenz erteilen.
- Die deutschen Bischöfe müssen sich geschlossen zur Fortsetzung des Synodalen Weges bekennen.
- Die bereits beschlossenen Reformen müssen in allen Bistümern konsequent umgesetzt werden.
- Gemeinsam mit den Gläubigen getroffene Entscheidungen müssen für die Bischöfe verbindlich sein. Dazu gehört die Bereitschaft zur Selbstverpflichtung.
- Transparenz, Rechenschaft und wirksame Mitverantwortung müssen zu selbstverständlichen Grundlagen kirchlicher Leitung werden.

Pressekontakt *Wir sind Kirche*-Bundesteam

Dr. Martin Schockenhoff, 0173 3248913, schockenhoff@wir-sind-kirche.de
Paul-G. Ulbrich, 08141-7842, mobil 0157 884 55 612, ulbrich@wir-sind-kirche.de
Christian Weisner, 0172 518 4082, presse@wir-sind-kirche.de

Internet: www.wir-sind-kirche.de

+++

Joachim Frank: Der Synodale Weg zerrieben in der römischen Mühle
> katholisch.de 24.11.2026

Zuletzt geändert am 26.11.2026